

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

21.3.1930 (No. 69)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karls-Friedrich-
Straße Nr. 14
Verleger:
Dr. 954
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 9515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. A. M. v. B.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM., einj. 32,50 RM. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreier Rabatt, der als Rabatrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karls-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigerhebung, zwingender Beilegung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Nachdruck, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Für eine Reichsstädteordnung Ein Entwurf der Deutschen Städtetages

Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat die Grundsätze für ein einheitliches deutsches Städterecht aufgestellt und den Entwurf einer Reichsstädteordnung beschlossen, der den Parlamenten des Reiches und der Länder sowie den zuständigen Regierungsorganen soden zugestellt worden ist.

Der Entwurf beschränkt sich darauf, die Fragen zu regeln, deren einheitliche Gestaltung im öffentlichen Interesse geboten ist, und die großen Leitgedanken für die Neugestaltung des kommunalen Verfassungsrechts festzulegen. Er behandelt in 59 Paragraphen vor allem die Rechtsstellung und die Aufgaben der Städte, das Bürgerrecht, die Zusammensetzung und Zuständigkeit der städtischen Organe, die städtische Finanzverwaltung, die Gemeindebetriebe, die Ortsgesetzgebung, die Rechtsmittel, die Staatsaufsicht und die Ungemeindung.

Der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Muleri, führte u. a. dazu in einer Pressekonferenz aus:

Die verschiedenen Typen der deutschen Gemeindeverfassung sind aus den Ideen des Freiherrn von Stein erwachsen. Sie haben sich in den einzelnen deutschen Ländern theoretisch zwar nach verschiedenen Richtungen hin entwickelt, in der Praxis aber sind ihre Unterschiede weniger bedeutsam, als man glauben möchte. In dem Entwurf des Städtetages ist als Ergebnis praktischer Erfahrungen ein neues Städterecht gestaltet, das die alten städtischen Ideen mit den Forderungen der Gegenwart in Verbindung bringt.

Dr. Muleri bezeichnete als die Grundlagen des Entwurfs die Unterbrechung der Selbstverwaltung durch die volle Selbstverwaltung, das Einkörpersystem, die entscheidende Teilnahme des Bürgers an der Verwaltung und Gesetzgebung, die richtige Lösung des Problems Führerschaft und Demokratie, eine klare Abgrenzung der Verantwortung, eine bestimmte Begrenzung der Staatsaufsicht und genügenden Rechtsschutz des Bürgers.

Der Vorstand des Städtetages fordert daher für die deutschen Städte das Einkörpersystem und kommt damit zu der Form, der sich auch die preussische Staatsregierung in dem Verfassungsentwurf für Berlin und, wie man hört, in dem Entwurf eines Selbstverwaltungsgesetzes angeschlossen hat. Unter dem Einfluß der neueren politischen Entwicklung ist das Zweikörpersystem, insbesondere die Magistratsverfassung, der Bildung eines einheitlichen und starken Verantwortungsbewußtseins immer hinderlicher geworden. Das vom Städtetag vorgeschlagene System sieht eine einzige Körperschaft (Stadtvertretung) vor, in der künftig nicht nur die Beschlussfassung über alle wichtigen Angelegenheiten der Gemeinden, sondern auch das Schwergewicht der Verwaltung liegen soll. Selbstverwaltung ist nicht möglich ohne volle Selbstverantwortung. Es soll in Zukunft nicht mehr möglich sein, daß ein Organ der Stadt sich bei seinen Beschlüssen auf die Ablehnung des anderen Organs verläßt. Die Verantwortung für das Schicksal der Gemeinde liegt offen.

Die gewaltig gewachsenen Aufgaben jeder Stadt verlangen eine tatkräftige Verantwortlichkeit als Leiter der Verwaltung. Führerschaft und Demokratie sind keine Gegensätze. Die demokratische Auslese vielmehr soll den richtigen Mann an die richtige Stelle setzen. Die moderne Städteverwaltung und die Ideen der Selbstverwaltung verlangen einen verantwortungstragenden und verantwortungsbewußten Führer.

Die Erfahrungen des praktischen Lebens müssen unmittelbar für die Kommunalverwaltung nutzbar gemacht werden. Die gewählten Bürger bilden die Stadtvertretung, sie sitzen in den vorbereitenden und den verwaltenden Ausschüssen und tauschen ihre Anschauungen und Erfahrungen untereinander und mit dem leitenden Beamten der Stadt aus. Die Erfahrungen Süddeutschlands und des Rheinlandes lassen gerade in dieser Beziehung eine wertvolle Neubelebung der Selbstverwaltung erhoffen. Der Bürger muß eine Verwaltung vor sich sehen, deren Aufbau und Befugnisse klar und übersichtlich geregelt sind, vor deren etwaigen Übergriffen er aber auch durch geeignete Rechtsmittel geschützt ist. Wenn genügender Rechtsschutz besteht, erwidert sich in vieler Hinsicht schon deshalb eine Verstärkung der staatlichen Verwaltungsaufsicht.

Auf die Frage nach den unmittelbaren praktischen Auswirkungen des Entwurfs einer Reichsstädteordnung teilte Dr. Muleri mit, daß man zunächst eine Erörterung zwischen Reich und Ländern über den Entwurf erwarten dürfte. Im übrigen würden Städte und Städtetage auf der Grundlage dieses Entwurfs zu den preussischen Gesetzentwürfen eines Gesetzes für Berlin und eines Selbstverwaltungsgesetzes Stellung nehmen.

Um den Flugplatz Lachen-Speyerdorf Deutscher Einspruch

Die „N. Bad. Landeszeitg.“ bringt die Meldung, die Reichsregierung habe durch den deutschen Völkerverein in Paris bei der Völkervereinigung Einspruch dagegen erhoben, daß der Flugplatz Lachen-Speyerdorf zerstört werde, und zwar unter Hinweis auf die seit einer Reihe von Jahren bestehenden Vereinbarungen, daß militärische Einrichtungen, u. a. auch Flugzeughallen und ähnliches, nur zu zerstören sind, wenn sie bis 1932 nicht für zivile Zwecke Verwendung finden. Nun bestünde aber bei den in Frage kommenden deutschen amtlichen Stellen die Absicht, den bei Neustadt a. S. gelegenen Flugplatz Lachen-Speyerdorf als Flughafen in den deutschen Zivilluftverkehr einzubeziehen. — Unter Vorlegung dieser Gründe sei die Reichsregierung bei der Völkervereinigung dahin vorstellig geworden, daß die Forderung des Oberkommandierenden der Rheinarmee rückgängig gemacht werde. Die Reichsregierung hoffe zuverlässig, daß die Völkervereinigung den General Guillaume in diesem Sinne instruieren werde.

Letzte Nachrichten

Rotenwechsel Severing-Frick

Reichsmittel erst nach einer Untersuchung bei der Thüringer Polizei

BRN. Berlin, 21. März (Priv.-Tel.) Die Antwort der thüringischen Staatsregierung auf die Aktion des Reichsinnenministers gegen Thüringen ist heute morgen in Berlin eingegangen.

Darauf hat nun der Reichsinnenminister folgende Antwort gegeben:

Der Reichsinnenminister erklärt, daß er die Presse erst nach Abgang seines zweiten Schreibens davon unterrichtet und die Verbreitung durch den Rundfunk nicht beanlagt habe. Sein zweites Schreiben habe die einzig mögliche Antwort dargestellt auf das Vorgehen, das von einem Mitglied des Thüringischen Staatsministeriums beliebt worden sei, und das in der Tat bisher im Verkehr zwischen Reich und Ländern nicht üblich gewesen sei. Wenn Herr Frick der Beschlussfassung des Staatsministeriums — wie er es getan — vorgeht, dann lag es beim Staatsministerium, Herrn Frick gegenüber das Erforderliche zu veranlassen. In dem Schreiben heißt es dann weiter:

Durch die Mitteilung Ihrer Feststellung über den Bund „Adler und Falken“, mit der meine Anfrage vom 17. Februar nunmehr beantwortet ist, ist zugleich der übliche amtliche Verkehr zwischen dem thüringischen Staatsministerium und meiner Amtsstelle wiederhergestellt. Soweit im Rest des laufenden Etatsjahres für Thüringen noch Fondsmittel in Betracht kommen, können Zahlungen jedoch nicht mehr geleistet werden, da über die betreffenden Fonds inzwischen restlos verfügt worden ist. Ob und inwieweit im nächsten Etatjahr Mittel aus Fonds meines Ministeriums zur Verfügung gestellt werden können, ist von der Beschlussfassung der gesetzlichen Körperschaften und der weiteren politischen Entwicklung abhängig.

Was die Frage angeht, ob die Voraussetzungen für die Gewährung eines Reichsaufschusses für Polizeizwecke, von seiten des thüringischen Staatsministeriums noch vorliegen, so erlaube ich mich damit einverstanden, Untersuchungen zur Klärung dieser Frage anzustellen.

Als meinen Beauftragten zur Mitwirkung an dieser Untersuchung nach Ziffer 1, Abs. 7 der Grundzüge benenne ich den Ministerialdirektor Wenzel, den Leiter der zuständigen Abteilung im Reichsministerium des Innern, den Sie von der Anberaumung eines Termins für den Beginn der Untersuchungen gef. benachrichtigen wollen. Bis zum Abschluß der Untersuchungen bleibt es selbstverständlich bei der in meinem Schreiben vom 18. März mitgeteilten Anordnungen.

Die Parteitagung der Deutschen Volkspartei

Auftakt in Mannheim

BRN. Mannheim, 21. März (Priv.-Tel.) Nachdem der Parteivorstand gestern abend getagt hatte, begann heute vormittag die Reichsparteitagung der Deutschen Volkspartei mit der Sitzung des Zentralvorstandes. Die Tagung ist außerordentlich zahlreich besucht. Auch die Reichsminister Curtius, der seinen Erholungsurlaub in Locarno unterbrochen hat, und Wolbenhauer sind nach Mannheim gekommen.

Zur Vordergrund der Sitzung des Zentralvorstandes stehen die großen Finanz- und Wirtschaftsprobleme. Sie nahmen den Hauptraum in dem großangelegten Referat ein, mit dem der Parteiführer, Dr. Schulz, die Zentralvorstandssitzung eröffnete. Die Finanz- und Wirtschaftsanliegen sollen in Abstimmung mit dem Programm des Reichsfinanzministers in zwei Etappen durchgeführt werden: in der Sanierung der Reichsfinanzen, die in diesem Jahre zustandegebracht werden muß, und in der steuerlichen Entlastung der Wirtschaft, die in erster Linie der Neubildung von Kapital dienen soll. Es ist anzunehmen, daß die Mannheimer Beratungen sich im wesentlichen um dieses große Problem drehen werden, da es auf das engste mit der innerpolitischen Frage zusammenhängt, die in den letzten Wochen im Vordergrund stand: der Aufrechterhaltung der Großen Koalition im Reich. Eine weitere interessante Frage, die auf der Tagung zweifellos zur Sprache kommen wird, ist der Konflikt zwischen Thüringen und dem Reich. Er ist für die Deutsche Volkspartei naturgemäß besonders delikats, weil sie sowohl in der Reichsregierung wie auch in der thüringischen Staatsregierung vertreten ist.

Neben diesen akuten Fragen, die vor allem in der Zentralvorstandssitzung besprochen werden dürften, wird der eigentliche Parteitag am morgigen Samstag die politische Linie der Deutschen Volkspartei auf weite Sicht behandeln. Es ist wahrscheinlich, daß die Führung der Deutschen Volkspartei den Versuch machen wird, der Sammlungsbewegung in der Mitte einen neuen Impuls zu geben und damit die Entwicklung unseres Parteilebens weiter vorwärts zu treiben.

Ablehnung konservativer

Anträge zur Kohlenbill

BRN. London, 21. März. (Tel.) Bis Mitternacht englischer Zeit wurden vom Unterhaus mit Mehrheiten von 45 bis 78 Stimmen drei konservativ-abwärtige Anträge zu verschiedenen Klauseln der Kohlenvorlage abgelehnt. Die Liberalen enthielten sich der Abstimmung.

Japanisch-russischer Offiziersaustausch

BRN. Tokio, 21. März. (Tel.) Zwischen der japanischen und der sowjetrussischen Regierung wurde ein Abkommen zum Austausch von Offizieren beider Heere abgeschlossen.

Wirtschaftliche Umschau

Die österreichisch-ungarischen Vorkriegsschulden — Aus der Mannheimer Großindustrie — Daimler-Benz

Heinrich Lang

Einem unerträglichen Zustand soll nun, 11 Jahre nach dem Kriegesabluß — auch eine Folge der Saager Abmachungen —, die am 27. März in Paris zusammen tretende Konferenz zur Regelung der österreichisch-ungarischen Vorkriegsschulden (70 Anleihen) ein Ende machen. Es sollen alle noch unregelmäßig gelösten, also auch die Papier- und Silberrenten bereinigt werden, wie die bis 1931 erst vorläufig geordneten Baluta- und Goldrenten. So soll die namentlich infolge des Widerstands von Ungarn und Rumänien immer wieder auf die lange Bank geschobene Angelegenheit endlich geregelt werden, nachdem die Frage der Reparationen geklärt ist und die Nachfolgestaaten auf der Saager Konferenz die Verpflichtung übernommen haben, die Frage innerhalb 6 Monaten zu bereinigen.

Es handelt sich um sehr beträchtliche Summen in der Vorkriegszeit im Ausland angelegten deutschen Volkvermögens, auch aus Kreisen jetziger deutscher Kleinrentner, wovon nur geringe Reste übriggeblieben sind, die zum Teil seit dem Krieg nicht einmal verzinst wurden. Es liegen also auch erhebliche Rückstände vor, trotzdem es sich auch um durchaus zahlungsfähige Schuldner, wie die Tschechoslowakei, Südslawien, Rumänien und Ungarn, handelt, die immer wieder unter fadenscheinigen Begründungen den Gläubigern die kalte Schulter zeigten. Die Angelegenheit hat für die Schuldnerländer auch eine andere Seite, denn die Interessen des Auslandes sind hier ihnen gegenüber eigentlich solidarisch im Hinblick auf den künftigen Geldbedarf der Nachfolgestaaten. Diese Sachlage müßte ein Druckmittel zu einer annehmbaren Regelung der Altschulden ergeben.

In Mannheim ist wegen der neuen Entlassung von 250 Arbeitern des dortigen Betriebs der Daimler-Benz-WG. wiederum erhebliche Unruhe entstanden, wie bereits im Herbst anlässlich der damaligen Entlassungen, entstanden. Man sprach damals die Befürchtung aus, daß anscheinend die Absicht bestehe, das Mannheimer Benzwerk, bekanntlich die Geburtsstätte des Automobils, schließlich ganz stillzulegen und zu verkaufen und die Fabrikation ganz in Untertürkheim (Württemberg) zu konzentrieren. Obwohl die Verwaltung jetzt wieder erklärt hat, daß eine über diese Maßnahme hinausgehende Einschränkung des Betriebs nicht geplant ist, verstummen die besorgten Stimmen in der Öffentlichkeit nicht, was man verstehen kann, denn das Mannheimer Benzwerk beschäftigt im ganzen 3000 Arbeiter und Angestellte.

Es wird deshalb verlangt, daß die Stadt Mannheim, die an und für sich schon genug durch Betriebsstilllegungen und -einschränkungen leide, sich durch Zusagen gegen eine Stilllegung der Benzwerke sichere. Dabei wird darauf verwiesen, daß es sich in Mannheim um hochqualifizierte Facharbeiter handle, während im Untertürkheimer Werk 500 Mann neu eingestellt werden sollen, die zum größten Teil vom Lande beigezogen werden müßten. Es sei überhaupt zu bezweifeln, ob es sich in der Tat um eine Rationalisierung und nicht um einen planmäßigen Abbau des Mannheimer Betriebes handle. Aber selbst wenn tatsächlich Rationalisierungsmaßnahmen vorlägen, müßte doch auch die volkswirtschaftliche Seite der Frage betrachtet werden. Und vom volkswirtschaftlichen Gesichtspunkt aus sei die Protokollierung von städtischen Facharbeitern auf der einen Seite und andererseits die Heranziehung von ungelerten Arbeitern aus Randorten, auch wenn die Firma glaubt, dadurch billiger zu fahren, äußerst bedenklich. Auch auf Entlassungen aus der Mannheimer Gießerei, während der Guß an auswärtige Konzernwerke fremder Gießereien vergeben wird, wird hingewiesen.

Erfreulich besagt im ganzen der Bericht der Heinrich Lang AG. Mannheim, die bekanntlich mit rund 4000 Arbeitern (1925) zu den größten landwirtschaftlichen Maschinenfabriken der Welt gehört und schon auf ein 80jähriges Bestehen zurückblickt. Der Betrieb war um die Jahreswende, vom 16. Dezember bis 9. Januar, stillgelegt, dann aber in sämtlichen Abteilungen mit einer Beschäftigungsdauer zwischen ein und sechs Tagen wieder aufgenommen worden. Der Produktionsumfang hat jetzt wieder den der Vorkriegszeit erreicht. Freilich wurde dieses Ergebnis infolge der technischen Verbesserungen mit

Badischer Teil

Der Kultusetat im Landtag

Abg. Duffner Landtagspräsident

23. Karlsruhe, 20. März 1930

Auf der Tagesordnung der Nachmittagsitzung stand zu nächst die

Wahl des Präsidenten

Das Zentrum als stärkste Fraktion hatte den Abg. Duffner

vorgeschlagen, der in geheimer Wahl mit 66 Stimmen gewählt wurde

Erster Vizepräsident Maier begrüßte den neuen Präsidenten und sprach dem bisherigen Präsidenten, Dr. Baumgartner, für seine in siebenjähriger Amistätigkeit dem Landtag sowie dem Lande geleisteten Dienste für die objektive Geschäftsführung auf schwierigem, verantwortungsvollem Posten den aufrichtigen Dank des Hohen Hauses aus

Abg. Dr. Baumgartner dankt für die ihm zuteil gewordene Anerkennung

Präsident Duffner führte aus: Im Besonderen an die ausgezeichneten Männer, die aus fast allen Parteien in früheren Landtagen dem Präsidentenamt eingenommen haben, und die ihm ein Vorbild sein sollen, habe er sich zur Annahme der Wahl bereiterklärt

Der neue Präsident des Landtags gehört zu den ältesten Mitgliedern des badischen Parlaments, dem er schon eine große Reife mitbringt

Gutsbesitzer Josef Duffner hat seinen Wohnsitz in Furtwangen, wo er am 1. Oktober 1868 geboren wurde. Schon ziemlich frühzeitig wandte er sich dem politischen Leben zu, trat der Zentrumspartei bei, die er von 1896 bis 1919 in der Gemeindeverwaltung seiner Vaterstadt als Stadtverordneter und Stadtrat vertrat

Voranschlag des Ministeriums des Kultus und Unterrichts

Abg. Dr. Föhre (Zentr.) gab als Berichterstatter einen eingehenden Bericht über die Verhandlungen im Haushaltsausschuss

Das gesamte Bildungswesen in Baden erfordert heute für Land und Gemeinden den Betrag von 105 Millionen Reichsmark, das ist gegenüber der Vorkriegszeit eine Vermehrung um 133 Proz.

Der Ausschuss stellt den Antrag, den Voranschlag zu genehmigen, dem Antrag Lenz (Nat.-Soz.) betr. Staatsbürgerliche Erziehung der Jugend die Zustimmung zu versagen, und endlich alle zum Unterrichtsbedarf eingegangenen Gesuche der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen

Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte erstattete Abg. Verion (Zentr.) Bericht über eine Eingabe des Verbandes gemeinnütziger Theater, worin auf eine Entschlieung über die wirtschaftliche Lage der gemeinnützigen Theater hingewiesen wird

Der Ausschuss beantragt, diese Entschlieung zur Kenntnis zu nehmen

Es folgt der Bericht über Dotationsgesetz

Abg. Verion berichtete. Vorgezogen ist der stufenweise Abbau der Staatszuschüsse an die Religionsgesellschaften zur Aufbesserung geringbesoldeter Pfarrer

Der Antrag geht dahin, der Vorlage zuzustimmen und die hierzu vorliegenden Eingaben des Ev. Oberkirchenrats sowie einer großen Zahl ev. Kirchenausschüsse und ebenso das Gesuch des Alltät. Synodalrates durch diese Beschlussfassung für erledigt zu erklären

Die Aussprache beginnt in der nächsten Plenarsitzung, die mit Rücksicht auf den Reichsparteitag der Deutschen Volkspartei in Mannheim erst am kommenden Dienstag (25. März), nachm. 1/4 Uhr stattfindet

Das Haus erledigt noch eine Reihe von Gesuchen persönlicher Natur im Sinne der Ausschussbeschlüsse, worauf die Nachmittagsitzung um 1/2 Uhr geschlossen wurde

Die Stelleneinparung bei den badischen Regierungsbehörden

Das badische Staatsministerium hat dem Landtag eine Gesamtübersicht über die nach § 47 des Besoldungsgesetzes seit 1. April 1928 freigeordneten Beamtenstellen nach dem Stand auf 30. September 1929 zugehen lassen

Keine örtlichen Sonderzuschläge mehr

Wie wir hören, hat das Staatsministerium dem Finanzminister beauftragt, vorbehaltlich der späteren Aufhebung des § 43 des Besoldungsgesetzes vom 1. April 1930 an vorerst keine örtlichen Sonderzuschläge mehr auszugeben

Zur Dotationsfrage

Auf eine Anfrage des Ministers des Kultus und Unterrichts hat der Evangelische Oberkirchenrat seine grundsätzliche Stellung zum Abbau der Staatsdotationen in folgender Antwort dargelegt:

Die Einbringung und bisherige Behandlung des Gesetzentwurfs über die Aufbesserung gering besoldeter Pfarrer aus Staatsmitteln im Badischen Landtag hat in der evangelischen Bevölkerung, wie ja auch in den Eingaben vieler evangelischer Kirchengemeinden an den Badischen Landtag zum Ausdruck gekommen ist, eine solche Entrüstung ausgelöst, daß der konfessionelle Friede als gefährdet anzusehen ist

Die große Autohöhenstraße durch den Schwarzwald

Die ersten Fernverkehrsstraßen

Auf Einladung der Kreisverwaltung Baden-Baden fand im Kurhaus Untermarkt über die Erstellung der noch fehlenden Teilstrecke der großen, durch den ganzen Schwarzwald gehenden Autostraße eine Besprechung statt

Der Kreisvorsitzende, Bürgermeister Schneider, gab zunächst einen Überblick über den Stand der Frage. Hiernach darf die Finanzierung der Autostraße mit einem Gesamtaufwand von 180 000 RM durch verständnisvolle Unterstützung des Landes, der Kreisverwaltung und der Stadt Baden-Baden, sowie durch das große Entgegenkommen der Reichspost, vorbehaltlich der noch ausstehenden Genehmigung durch die Kreisversammlung, als gesichert gelten

Präsident Seitz legt Wert darauf, daß der Ersatzweg für die Schwarzwaldwanderer gleichzeitig mit der Autostraße begonnen und fertiggestellt werde



Oberstudienrat Dr. F.

ist einer der fähigsten und beliebtesten Lehrer, für den seine Schüler durchs Feuer gehen

Oberbürgermeisterwahl in Offenburg. Am 27. März findet die Oberbürgermeisterwahl statt, da die neunjährige Amtsperiode des Oberbürgermeisters Volker abgelaufen ist

Süddeutsche Rundfunk-G.

Die Süddeutsche Rundfunk-G., Stuttgart, erzielte im abgelaufenen Jahr 1929 Einnahmen an Teilnehmergebühren und sonstigen Einnahmen von 1,85 (1,58) Mill. Reichsmark

Der neue Großsender wird beauftragt im Gebiet der Südd. Rundfunk-G. und zwar in der Gegend von Dürrenzehl errichtet und mit einer Antennenenergie von 60 Kilowatt ausgestattet; er soll im Herbst 1930 dem Betrieb übergeben werden

Reichsmittel für Winzergenossenschaften

Ämtlich wird aus Berlin mitgeteilt: Seitens des Reichsernährungsministeriums wird auch in diesem Jahre auf die Möglichkeit der Erlangung von Reichsmitteln zur Förderung des Winzergenossenschaftswesens hingewiesen

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe

Die nach Mitteleuropa eingebrachte Kaltluft hat mit sehr raschem Druckanstieg ein Hoch aufgebaut, das mit der kalten Luftmasse nach Osten wandert

Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen

Table with exchange rates for Amsterdam, Copenhagen, London, New York, Paris, and Wien.

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung des Reichsbankdirektoriums vom 19. März d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh 10/16 d bzw. für 1 Gramm Feingold 32,7335 pence

Der Privatdiskont ist für beide Sichten um 1/8 Proz. auf 4 1/8 ermäßigt worden

Eröffnung des Vergleichsverfahrens über die Lagerhauszentrale. Aber das Vermögen der Firma „Zentrale der landwirtschaftlichen Lagerhäuser AG.“ in Tauberbischofsheim ist am 19. März das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet worden

Einvernehmen, Karlsruhe-Grünwinkel. In der am Donnerstag abgehaltenen Aufsichtsratsitzung wurde beschlossen, der auf den 29. April anberaumten ordentlichen Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 10 Prozent vorzuschlagen

Die Lage der Rheinschiffahrt. Wie es heißt, steht die Vollendung der außerordentlich umfangreichen Untersuchungen des Rheinschiffahrtsaustauschschusses nun bevor

Seide und Bembergseide. Im Streit um den Namen „Bembergseide“ wurden am Mittwoch vor dem Reichsgericht in Leipzig verhandelt

